

Präsidentialsprache DV GVL vom 07.11.2008

von lic. iur. Gregor Biffiger, Grossrat, Präsident Gewerbeverband Limmattal, Berikon

Die nachstehende Präsidentialsprache stimmt weitgehend mit der Präsidentialsprache der DV 2002 überein. Sie wurde lediglich aufgrund der jüngsten Finanzkrise aktualisiert.

Von den Totengräbern unseres liberalen Wirtschaftssystems

Mit dem Fall der Berliner Mauer und der damit verbundenen historischen Wende glaubte man im Westen, der Kapitalismus habe endgültig seinen Siegeszug angetreten. Knapp 20 Jahre später müssen wir ernüchert feststellen, dass auch unser kapitalistisch-marktwirtschaftliches Wirtschaftssystem unglaublich verwundbar ist. Doch entgegen den aktuell wieder fröhliche Urständ feiernden Parolen linkspopulistischer Markt- und Kapitalismusskeptiker ist unser Wirtschaftssystem nicht marode. Es ist nämlich empirisch nachweisbar, dass Gesellschafts- und Wirtschaftssysteme, die Freiraum für individuelles und eigenverantwortliches Handeln lassen, anderen Ordnungen überlegen sind. Nicht der Markt hat versagt. Es sind vielmehr einzelne Akteure, die unsere freiheitliche Ordnung leichtfertig demontieren.

Abzockende Wirtschaftskapitäne

Am meisten bedroht wird unsere freiheitliche Wettbewerbsordnung durch das unmoralische und verantwortungslose Verhalten einer kleinen Minderheit skrupelloser, macht- oder geldgieriger Manager. Wenn Anleger hintergangen, Unternehmensergebnisse zwecks eigener Bereicherung geschönt, Bilanzen gefälscht bzw. Gewinne fingiert und exorbitante Boni für miserable Leistungen ausgeschüttet werden, verbreiten sich Verunsicherung, Misstrauen, ja selbst Hass und offener Widerstand. Solche kriminellen Handlungen öffnen dem politischen Interventionismus Tür und Tor und liefern die Munition zur schrittweisen Schleifung unserer liberalen Ordnung.

Politiker als ordnungspolitische Sünder

Zu den Feinden einer freiheitlichen Wirtschaftsverfassung zählen aber auch Politiker jeglicher Parteilinie, die mächtigen Interessengruppen ordnungswidrige Subsidien zukommen lassen, Marktprozesse zur Befriedigung diffuser Sozialziele einschnüren, nationale Prestigeprojekte wider die Marktgegebenheiten durchstieren (Expo 02 und Swissair lassen immer noch grüssen!) oder die Umverteilung über die Wertschöp-

fung stellen. Auch die jüngste Stützungsaktion der UBS ist ein massiver ordnungspolitischer Sündenfall. Allerdings wurde er durch die vorgängigen Interventionen vieler anderer Staaten provoziert und es ist kaum auszudenken, welchen volkswirtschaftlichen Schaden ein Nichthandeln des Bundesrates ausgelöst hätte.

Misstrauen des Volkes als Folge

Vor diesem Hintergrund erstaunt es überhaupt nicht, dass das Stimmvolk Deregulierungsübungen à la Stromversorgungsgesetz oder der Privatisierung öffentlicher Werke und Anstalten mit wachsender Sorge und steigendem Misstrauen begegnet. So scheitern dann notwendige und sinnvolle Gesetzesvorlagen an der Urne, weil das in einer freiheitlichen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung unabdingbare Vertrauen mutwillig zerstört wurde.

Wege aus der Sackgasse

Vertrauen ist schneller zerstört als es (wieder) aufgebaut ist. Es gibt zwar durchaus Wege aus der aktuellen Vertrauenskrise, aber sie erfordern Zeit und die Rückbesinnung auf einige leider aus der Mode geratene Grundwerte.

1. Vertrauenszerstörende Wirtschaftsvergehen sind keine Kavaliersdelikte sondern strafrechtlich auf's Schärfste zu ahnden.
2. Nur verantwortungsbewusstes und moralisch intaktes Handeln von Unternehmensführern garantiert dauerhaften Unternehmenserfolg und nachhaltiges Wirtschaftswachstum. Wir brauchen enorm starke, prinzipientreue und charakterlich integre Führungskräfte, die dem Druck der Märkte, der Investoren, der Analysten sowie der Macht- und Geldgier standhalten.
3. Kompromisslose Transparenz (auch bezüglich individueller Entschädigung von Spitzenmanagern), klare Gewaltentrennung und strikte Unabhängigkeit von Exekutiv-, Aufsichts- und Kontrollorganen sind unabdingbare Voraussetzungen für das selbstregulierende Funktionieren von Unternehmen.
4. Eigentümer von Klein- und Mittelunternehmen tragen Risiken und Verantwortung für ihr Handeln selbst. Die Führungskräfte grosser Publikumsgesellschaften müssen enger in ihre Unternehmen eingebunden werden. Aus risikofreien Managern müssen verantwortungsbewusste Unternehmer werden.

5. Es braucht eine konsequente und kompromisslose Reform unserer Wettbewerbspolitik. Unser Land kann seinen internationalen Wohlstandsspitzenrang nur halten, wenn es uns gelingt, unsere privat und staatlich regulierten Binnenmärkte schonungslos zu öffnen und die staatlichen Leistungsmärkte konsequent zu liberalisieren. Dies setzt allerdings voraus, das Vertrauen unserer Bevölkerung in das Unternehmertum, die freie Marktwirtschaft und den wirksamen Wettbewerb rasch zurückzugewinnen. Hierzu braucht es aber keine neuen bürokratischen Regeln. Vielmehr müssen sich unsere Leader in Politik und Wirtschaft auf simple alte Grundwerte wie Ehrlichkeit, Moral und ökonomische Vernunft zurückbesinnen.